

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Josef Bucher, Ing. Peter Westenthaler

Kollegin und Kollegen

zum Bericht des Umweltausschusses über den Antrag 590/A(E) der Abgeordneten Dr. Ruperta Lichtenecker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Klärung des völkerrechtlichen Status des Melk-Abkommens sowie die weiteren Schritte zu seiner Umsetzung (474 d.B.)

TOP 5 der 53. Nationalratssitzung

betreffend Abfederung steuerlicher Nachteile bei atomaren Katastrophen und anderer Katastrophenschäden

Die Möglichkeiten eines Reaktorunfalls oder anderer Katastrophen (z.B. Sturm, Hochwasser) und der damit zusammenhängenden ökonomischen Schäden der Österreicher stellen einen dringenden Handlungsbedarf für die Politik dar. Hier muss die Hilfe und Unterstützung des Staates gegenüber seinen Bürgern gewährleistet sein. Neben der humanitären Soforthilfe sollte aber auch dem langfristigen wirtschaftlichen bzw. finanziellen Schaden entgegengewirkt werden.

Eine wahre Horrorbilanz ziehen die österreichischen Sturmopfer nach dem Orkan „Emma“, der in Österreich eine Spur der Verwüstung hinterlassen hat. Dieser Wirbelsturm verursachte Schäden in Höhe von 150 Millionen, Orkan „Paula“ hatte einen Gesamtschaden von 100 Mio. € und Orkan „Kyrill“ zog noch verheerendere Folgen nach sich.

Während die Bundesregierung und insbesondere die ÖVP sich in den letzten Wochen hauptsächlich mit Korruptionsaffären und Vertuschungen - vor allem das schwarze Innenministerium betreffend - beschäftigte, wurde auf die Bedürfnisse und Sorgen der österreichischen Bevölkerung wieder einmal vergessen. Dabei wäre es gerade jetzt, wo die österreichischen Forstwirte im ganzen Land mit den verheerenden Sturmschäden zu kämpfen haben, wichtig und dringend notwendig gewesen, so rasch wie möglich die richtigen Schritte zu setzen, um den Betroffenen die entsprechende Hilfe zukommen zu lassen.

Nach den eingetretenen Sturmschäden dauern die schwierigen und gefährlichen Aufräumarbeiten in Österreichs Wäldern noch immer an. Die im Zuge dieser Katastrophe entstandenen Schäden sind in menschlicher wie auch wirtschaftlicher Hinsicht enorm und die sofortige Hilfe dringend notwendig.

Während die Länder insbesondere auf die Sturmschäden mit Hilfspaketen reagiert haben, bleibt der Bund seit der Hochwasserkatastrophe 2002 untätig.

Der Bund sollte aktuell den Sturmopfern – dabei insbesondere den zum Teil schwer betroffenen Besitzern kleinerer Wälder unter die Arme greifen, indem steuerliche Nachteile abgedeckt werden.

Darüber hinaus wird es langfristig notwendig sein, generell Konzepte für Katastrophenschäden – auch und gerade im Bereich der Atomkraft – zu entwickeln.

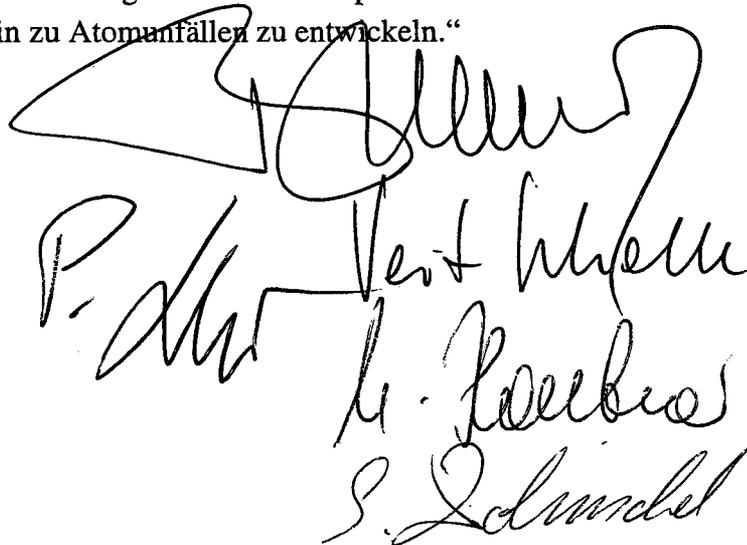
Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Abfederung steuerlicher Nachteile insbesondere für Waldbesitzer vorsieht, die durch die Sturmschäden langfristige Schäden erlitten haben. Darüber hinaus wird das Bundesministerium für Finanzen ersucht ein generelles Konzept für die steuerliche Behandlung von Katastrophenschäden bis hin zu Atomunfällen zu entwickeln."

Wien, am 13. März 2008



Handwritten signatures of several members of the National Council of Austria, including P. Altner, Vert. Knyetta, H. Koller, and S. Schindler.